Bei TTIP, CETA und TIsA handelt sich um englische Abkürzungen für geplante Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP), EU und Kanada (CETA) und einem Abkommen zum Handel mit Dienstleistungen (TiSA).

Oberstes Ziel von TTIP, CETA und TiSA ist die Schaffung möglichst günstiger Bedingungen für multinationale Unternehmen. Es geht darum, "Handelshemmnisse" abzubauen, wie zum Beispiel Zölle oder sogenannte nichttarifäre Handelshemmnisse aufgrund von Regulierungsunterschieden. Davon betroffen wären wichtige Regulierungen wie zum Beispiel Qualitätsstandards im Nahrungsmittelbereich oder das Verbot gefährlicher Chemikalien.

Auch Bildung, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr oder Wasserversorgung würde dieses Abkommen betreffen.

In ihrer Studie "TiSA contra öffentliche Dienste" heben die Autoren hervor, dass das Abkommen das "Festzurren" (Locking-in) bestehender wie auch künftiger Privatisierungen öffentlicher Dienste ermöglicht. Das hätte zur Konsequenz, dass künftige Regierungen die Handlungsspielräume verlieren, einen öffentlichen Dienst zu re-kommunalisieren, und zwar auch dann, wenn die Versorgung durch Private gescheitert ist. Außerdem besteht durch das neue Regelwerk das Risiko erheblicher Einschnitte für die staatliche Regulierungsbefugnis in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen wie dem Finanzsektor, der Energieversorgung oder etwa dem internationalen Datenverkehr.

Mit dem Negativlistenansatz“ (“list it or lose it“ – was nicht ausgenommen ist, ist voll liberalisiert) statt dem bisherigen „Positivlistenansatz“ (liberalisiert wird das, was explizit verpflichtet ist), der Stillhalteklausel (Staaten sollen in bestimmten Sektoren den Status der Liberalisierung beibehalten können, jedoch können diese nicht wieder stärker reguliert werden) und dem „Ratchet Clause“ (Liberalisierungsverpflichtungen werden nicht nur irreversibel gemacht, sondern auch fortlaufend festgeschrieben) wird der Druck stark erhöht. Bedroht von diesem einschneidenden Verlust demokratischer Handlungsspielräume sind vor allem auch die öffentlichen Dienstleistungen.

Mit Marktliberalisierung und Deregulierung verschärft sich auch der Wettbewerb, die Arbeitnehmer/-innen in den einzelnen Ländern geraten in noch größere Konkurrenz untereinander. Einheitliche Sozialstandards werden in den geplanten Handelsabkommen viel zu wenig berücksichtigt - sie wären auf sehr niedrigem Niveau und nicht einmal einklagbar!

Sehr wohl gedacht haben die Verhandler aber an Investitionsschutzbestimmungen. Das hieße etwa: Würden die Profite eines Großkonzerns aufgrund verbesserter Gesetze im Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- oder Umweltbereich geschmälert, könnte dieser den Staat auf hohe "Schadensersatz"-Zahlungen klagen. Entschieden wird darüber nicht im Rahmen eines öffentlichen Verfahrens von einem ordentlichen Gericht, sondern von einem privaten Schiedsgericht. Das wäre ein schwerer Schlag gegen demokratische Entscheidungsprozesse. Politische Handlungsspielräume würden durch milliardenschwere Klagsdrohungen unter Druck geraten.

AUGE/UG fordert daher:

- sofortiger Stopp der Verhandlungen zum Handelsabkommen TiSA